

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Veranlagungsbelegkosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegkosten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schepers; Druck: E. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Bismarckstraße 38-42. Telefon-Nr. 88 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Zur bevorstehenden Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins.

Am 11. Oktober findet eine außerordentliche Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins statt zum Zwecke der Satzungsänderung. Diese hat sich notwendig gemacht, weil die Reichsversicherungsordnung auch verschiedentlich in das sonst landesrechtlich geregelte Knappschaftswesen eingegriffen hat, wodurch die Bundesstaaten genötigt waren, ihre Knappschaftsgesetze zu ändern.

Was wird die bevorstehende Generalversammlung den Mitgliedern des Bochumer Knappschaftsvereins bringen? Werden endlich zeitgemäße Reformen des Knappschaftswesens in dem größten deutschen Knappschaftsverein herbeigeführt werden? Auf diese Fragen lassen sich heute noch keine prägnanten Antworten geben. Der Verlauf der früheren Generalversammlungen, in denen sich die Werkvertreter stets brüsk ablehnend den Arbeiterforderungen gegenüber verhielten, berechtigt gerade nicht zu großen Hoffnungen.

Bisher liegt ein von der Verwaltung ausgearbeiteter Satzungsentwurf vor, in dem nur die durch die Reichsversicherungsordnung und das Knappschaftsgesetz zwingend vorgeschriebenen Veränderungen Aufnahme gefunden haben. Materielle Vorteile für die Mitglieder enthält dieser Entwurf keine. Der Satzungsentwurf enthält auch keine Verschlechterungen des bisherigen Zustandes, im Gegenteil, hier und da ist eine kleine Verbesserung des jetzigen Zustandes zu verzeichnen. Von einer Aufbesserung der sehr aufbesserungsbedürftigen Bezüge der Mitglieder ist darin aber keine Rede.

Die Knappschaftsältesten der verschiedenen Richtungen haben wieder Anträge zum Satzungsentwurf gestellt, welche zumeist den zu früheren Generalversammlungen gestellten entsprechen; es erübrigt sich daher, hier vorläufig näher auf dieselben einzugehen, da wir später doch genötigt werden, die eine oder andere der Forderungen eingehender zu besprechen. Wichtiger als das Stellen der Anträge ist die Frage, welches Schicksal diesen Anträgen beschieden sein wird.

Die bevorstehende Generalversammlung wird höchstwahrscheinlich wieder einmal den Beweis dafür erbringen, wie schwer bei der Beschlussfassung über die Reichsversicherungsordnung an den Interessen der Bergarbeiter (und der Arbeiter überhaupt) gesündigt worden ist. Denn einmal ist durch den Eingriff der Reichsversicherungsordnung in das Knappschaftswesen die Beschlussfassung der Knappschaftsvereine nicht berührt worden, zum andern hat es die Reichsversicherungsordnung auch unterlassen, den Knappschaftsvereinen vorzuschreiben, daß sie ihre Leistungen an die Mitglieder den Zeitverhältnissen anzupassen haben. Alles ist der Satzung überlassen. In diese „Kann“ allerdings von wegen der Reichsversicherungsordnung sehr viel aufgenommen werden; aber was nicht den Knappschaftsmitgliedern alles das, was in die Satzung aufgenommen werden „kann“, wenn es doch nicht darin aufgenommen wird? Nach der Beschlussfassung der Knappschaftsvereine können nicht zwingend vorgeschriebene Reformen nur herbeigeführt werden, wenn und soweit die Werkbesitzer solchen zustimmen. Auch ein noch so einiges und geschlossenes Vorgehen aller Knappschaftsältesten in der Generalversammlung ist nicht imstande, den Werkbesitzern etwas abzuwingen, wenn diese sich nichts abzuwingen lassen.

Das ist zwar eine allgemein bekannte Tatsache, aber sie muß immer wieder herorgehoben werden angesichts des unehrlichen Verhaltens des „christlichen“ Gewerkvereins. Noch kürzlich wurde im „Bergknappen“ der Versuch gemacht, die Verbandsältesten dafür verantwortlich zu machen, daß seit dem Jahre 1907 keine Verbesserungen auf knappschaftlichem Gebiete erzielt worden sind. Der „Bergknappe“ hat allerdings vergessen zu erwähnen, daß die „Christlichen“, als der weitaus größte Teil der Ruhrbergleute auch um Verbesserung des Knappschaftswesens kämpfte, den Streikbruch organisierten und einen „schönen Sieg“ errangen. Wirkliche, durchgreifende Knappschaftsreformen werden, wie die Verhältnisse hier liegen, kaum jemals durch friedliche Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und den Werksherren herbeigeführt werden, sondern zu deren Herbeiführung bedarf es bestimmter zeseckgeberischer Eingriffe, und wenn die Gesetzgebung versagt, muß die Macht entscheiden.

Durch einen zeseckgeberischen Eingriff den Streit zwischen den beiden interessierten Gruppen zu schlichten, dazu war bei der Beschlussfassung über die Reichsversicherungsordnung Gelegenheit geboten. Es bestand damals auch die Möglichkeit, etwas Gutes zu schaffen, wenn die Partei, welche von „Arbeiterfreundlichkeit“ geradezu tief, das Zentrum, nicht die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten hätte. Wenn das Zentrum so arbeiterfreundlich wäre, als es sich den Anschein gibt, dann könnte es mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und einigen Freunden gesunder Sozialreform aus anderen bürgerlichen Parteien eine Reichstagsmehrheit bilden und alles das zum Gesetz erheben, wovon heute zesecklich und getrickten werden muß und was schließlich doch nicht verwirklicht wird.

In seiner Petition zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung hat der Vorstand unseres Verbandes bezüglich der Krankenkassen u. a. gefordert:

- 1. Erhöhung des Grundlohnes zur Berechnung des Krankengeldes.
- 2. Krankengeld in Höhe von drei Vierteln des Arbeitslohnes und Befreiung der drei Krankstage bei solchen Krankheiten, die durch Unfall hervorgerufen wurden, länger als zwei Wochen dauern oder zum Tode führen.
- 3. Im Falle der Krankenhausbehandlung des Ernährers Angehörigenunterstützung im Betrage des vollen Krankengeldes.

4. Gewährung von freier Kur und Arznei den nicht selbstversicherten Familienangehörigen der Knappschaftsmitglieder; ferner Gewährung von Sterbegeld beim Tode von Ehefrauen und Kindern der Mitglieder.

Bezüglich der Pensionskassen forderte die Petition unter anderem:

- 1. Abschaffung der Vorrechte der Unternehmer in den Verwaltungen der Knappschaftskassen.
- 2. Sicherung der Berufsunfähigkeit, damit man in der Grube abgearbeiteten Bergleuten nicht die Pension verweigern kann, weil sie über Tage noch leichte Arbeit verrichten können.
- 3. Zeitgemäße Erhöhung der Invaliden- und Witwenpensionen. Die Invalidenpensionen sollten so gestaffelt werden, daß sie bei 25jähriger Dienstzeit mindestens die Hälfte des Sauerlohnes betragen. Die Witwenpension sollte zwei Drittel der Invalidenpension betragen.
- 4. Erhöhung der Erziehungsbeihilfe für die Kinder der lebenden Invaliden und der gestorbenen Mitglieder und Invaliden. Diese sollte betragen für die Kinder der lebenden Invaliden für jedes Kind unter 15 Jahren 4 Mk., für Halbweifen 6 Mk. und für Vollweifen 12 Mk. monatlich.
- 5. Verbot der Aufrechnung von reichsgesetzlichen und anderen Renten und Pensionen auf die Knappschaftsleistungen.

Diese Forderungen haben wir also zur Reichsversicherungsordnung erhoben und dafür konnte mit dem Zentrum und den „Christlichen Arbeiterabgeordneten“, den Giesberts, Behrens et tutti quanti eine Mehrheit im Reichstage geschaffen werden. Aber dort sind diese Forderungen mit Zustimmung des „christlichen“ Gewerkvereins auch von Giesberts, Behrens usw. abgelehnt worden. Die „Christen“ bewiesen sogar, daß diese Forderungen gar nicht erfüllbar wären wegen der großen Kosten, welche durch deren Erfüllung verursacht würden.

Heute stellen die „Christen“ wieder dieselben Forderungen zum Satzungsentwurf und wollen „eine gemeinsame Kampfesfront aller Ältesten“ bilden, um in der Generalversammlung des Knappschaftsvereins das im Sturm zu erobern, was ihre Vertreter im Parlament mit ihrer Zustimmung abgelehnt haben!

Wie oben schon erwähnt, kann auch durch ein noch so geschlossenes Vorgehen der Ältesten den Unternehmern nichts abgerungen werden, was sie nicht zugestehen wollen. Darum ist eine „gemeinsame Kampfesfront“ der Ältesten weniger wichtig. Wichtiger wäre schon zu wissen, wie sich der „christliche“ Gewerkverein stellen wird, wenn die Forderungen der Ältesten von den Werkvertretern abgelehnt werden. Sind die „Christen“ dann bereit, die Arbeiterforderungen mit dem äußersten geschäftlich zulässigen Mittel, mit der Arbeitseinstellung, durchzusetzen zu versuchen oder würden sie eventuell wie im März 1912 wieder den Streikbruch organisieren, wenn die anderen Organisationen durch Kampf das erzwängen wollten, was die Unternehmer gutwillig nicht gewährten? Auf diese Frage sind die „Christen“ in dem langen Phrasengeklänge bezüglich der „Arbeitsgemeinschaft“ noch mit keinem Worte eingegangen. Da sie aber bis in die neueste Zeit hinein ihren Streikbruch für berechtigt erklären und demselben beitreten, muß man annehmen, daß sie auch in Zukunft bereit sind, den Streikbruch zu organisieren. Eine „gemeinsame Kampfesfront“ dort, wo es gar nichts zu kämpfen gibt, und Streikbruch dann, wenn es zu kämpfen gilt, wäre aber eine kuriose „Arbeitsgemeinschaft“, für die bestens gedankt wird. Also mögen sich die „Christen“ doch mal zu dieser Frage äußern.

Daß die Bergarbeiterzeitung zu uneinig und zerrissen ist, ist tief zu beklagen, aber daran sind wir nicht schuld. Und es ist ganz besonders zu beklagen, daß diese Uneinigkeit und Zerrissenheit auch in mehreren Generalversammlungen des Knappschaftsvereins zum Gaudium der Unternehmer sich in der häßlichsten Form gezeigt hat. Das ist aber auch nicht unsere Schuld oder die Schuld der Verbandsältesten. Man kann letzteren nicht zumuten, sich von Leuten, die noch vor kurzer Zeit, als sie im Kampfe standen, tapfer Streikbruch verübten, als Unternehmernknechte beschimpfen zu lassen. Wir wünschen und hoffen, daß sich derartige unliebsame Vorkommnisse nicht wiederholen. Und soweit es an den Verbandsältesten liegt, wird alles geschehen, um solche Auftritte zu vermeiden. Allerdings werden sich die Verbandsältesten auch in Zukunft nicht beschimpfen lassen.

Zu einem Streit der Knappschaftsältesten in einer Generalversammlung des Knappschaftsvereins liegt auch kein Anlaß vor. Die Erfüllung der Forderungen, welche seitens der Ältesten der einzelnen Gruppen gestellt werden und zur jetzigen Generalversammlung gestellt worden sind, wird, soweit sie materielle Vorteile für die Knappschaftsmitglieder verlangen, sehr gewünscht. Es schadet auch gar nichts, wenn die eine oder andere Richtung weniger weitgehende Forderungen stellt als eine andere; ja, das ist sogar notwendig, um den Werkvertretern den Einwand zu nehmen, es würden so viele und so weit gehende Forderungen gestellt, die sie nicht erfüllen könnten. Wollen sie die weitgehendsten Anträge nicht annehmen, so mögen sie doch die maßvolleren einer anderen Gruppe bewilligen.

Die Ältesten dagegen müssen zunächst geschlossen für die weitgehendsten Anträge stimmen, sind diese nicht durchzubringen, müssen sie sich ebenso geschlossen auf die weniger weitgehenden zurückziehen, um durchzusetzen, was nur durchgesetzt werden kann. Wird so von den Ältesten verfahren, dann liegt zu Streitigkeiten unter ihnen gar kein Anlaß vor. Wenn die eine oder andere Richtung aber daraus, daß sie weitgehendere Anträge gestellt hat als eine andere, Richtung, Kapital für sich zu schlagen und die anderen bei den Knappschaftsmitgliedern zu verächtlichen sucht, wie es die „Christen“ schon wiederholt gemacht haben, dann muß natürlich Streit und Unfrieden entstehen. Die Verbandsältesten werden stets in diesem Sinne und im Interesse der Knappschaftsmitglieder vorgehen,

mögen sich die den anderen Organisationen angehörenden Ältesten — und besonders die „christlichen“ — diesem Vorgehen anschließen, und die „einheitliche Kampfesfront“ gegen die Werkvertreter ist geschaffen, dann ist die „Arbeitsgemeinschaft“ auf knappschaftlichem Gebiete hergestellt.

Diese „Arbeitsgemeinschaft“ — und das muß immer wieder herorgehoben werden — verbürgt allerdings noch keinen Erfolg, denn vor dem gesamten Ältestenkollegium weichen die Unternehmern keinen Schritt zurück, wenn die hinter diesen Ältesten stehenden Organisationen nicht gewillt sind, den Forderungen der Ältesten mit anderen Mitteln Geltung zu verschaffen. Den Unternehmern darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Sache durch ihre Ablehnung der Arbeiterforderungen in der Generalversammlung nicht abgetan ist und daß sie in Zukunft auf Hilfe aus den Reihen der Arbeiter (wie im März 1912) nicht mehr rechnen können. Nur das vermag sie in einem den Arbeitern günstigen Sinne zu beeinflussen. Die Unternehmern in dieser Beziehung aufzuklären und demgemäß zu handeln, ist Sache des „christlichen“ Gewerkvereins.

Geplante Aenderung der G.-V. im Bochumer Knappschaftsverein.

Die Werkbesitzer haben der kommenden Generalversammlung den Vorschlag oder Antrag unterbreitet, den bisherigen Modus, wonach die sämtlichen Knappschaftsältesten an den Generalversammlungen teilnehmen, aufzuheben und dafür zu beschließen, daß die künftigen Generalversammlungen sich aus etwa 80 Abgeordneten aus den Ältesten zusammensetzen sollten. Diese Abgeordneten sollten von den Ältesten in den einzelnen Kommissionsbezirken aus ihrer Mitte nach dem System der Verhältniswahl gewählt werden, worauf die Unternehmern den Hauptvorschlag legten. Diesem Vorschlag hatte bereits die Reformkommission und auch die Mehrheit unseres Vorstandes zugestimmt, jedoch haben unsere Ältesten denselben in einer Ältestenkonferenz mit erheblicher Mehrheit verworfen, und zwar zum Teil, weil sie Gegner der Verhältniswahl sind oder weil sie das alte Recht, an den Generalversammlungen teilzunehmen, nicht preisgeben wollten.

Die Unternehmern machen zur Begründung ihres Vorschlages geltend, daß die Zahl der Ältesten bald an 500 heranreicht, diese aber bekanntlich nur die Hälfte der Generalversammlung repräsentieren, ein solches Parlament viel zu groß zum Verhandeln sei und dazu ganz enorme Unkosten verschlinge, die gespart werden könnten. Wollten die Unternehmern sich genau so stark auf der Generalversammlung vertreten lassen wie die Arbeiter, würde schon heute kaum ein Saal die Generalversammlung fassen und falls sämtliche Teilnehmer durch Medien oder Stellen von Anträgen sich direkt an den Verhandlungen beteiligten, würden die Generalversammlungen schließlich wochenlang dauern. Je mehr aber die Bergarbeiter sich organisierten, um so mehr träten die von den Organisationen aufgestellten, von organisierten Knappschaftsmitgliedern gewählten Ältesten in allen Fragen geschlossen auf, verträten einen einheitlichen Willen und könnte dieser dann ebenjogut von 80 Abgeordneten zum Austrag gebracht werden, als von 500 oder mehr Ältesten.

Diese Gründe sind durchaus stichhaltig und werden wir auf die Dauer auch garnicht umhin können, mit dem jetzigen Modus aufzuräumen. Der heutige Apparat ist viel zu schwerfällig und verursacht eine direkte Geldverschwendung. Würde die Belegschaft noch einige Jahre so weiter wie bisher, muß die Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins im „Schützenhof“ zu Bochum oder in dem großen Saale auf „Friedenbaum“ zu Dortmund tagen, weil kein sonstiger Saal die Teilnehmer fassen kann. Ein wirkliches Verhandeln ist bei der Größe dieses Parlamentes nicht mehr möglich, weil nur die wenigsten Redner über ein so starkes Organ verfügen, eine derartige Massenversammlung zu beherrschen. Ältere Leute können sich unmöglich verständlich machen und doch gilt gerade im Vereininstreife das Urteil erfahrener Personen viel. Der Einwand, daß die Ältesten alte Rechte einbüßten, ist völlig unzutreffend, weil ja die sämtlichen Rechte des heutigen Ältestenkollegiums dann auf die 80 Abgeordneten übergehen, diese 80 genau dasselbe Stimmrecht ausüben, wie heute etwa 500. Gewiß, eine große Zahl der Ältesten büßt das Recht ein, persönlich an der Generalversammlung teilzunehmen, aber das persönliche Recht der Ältesten kann in einer solch wichtigen Frage nicht entscheidend sein, sondern das Recht der Allgemeinheit. Dieses spricht gegen den heutigen Modus, denn niemand wird behaupten, daß dieser Massenbesuch im Interesse des Knappschaftsvereins noch der Mitglieder liegt und schließlich wird doch dazu da, die Interessen des Vereins und der Mitglieder zu wahren. Können die Interessen der Mitglieder durch 80 Abgeordnete genau so gewahrt und die Wünsche und Meinungen genau so vertreten werden, müssen wir für die Verminderung der Vertreterzahl auf den Generalversammlungen eintreten. Daß dies bei 80 Abgeordneten genau so gut geschehen kann wie bei 500, unterliegt keinem Zweifel und so bin ich insofern mit dem Vorschlag einverstanden, jedoch lehne ich mit aller Entschiedenheit die Verhältniswahl ab und freue mich, daß unsere Ältesten den Vorschlag vorläufig verworfen haben. Weil über die Frage, ob Verhältniswahl oder Majoritätswahl, unter uns Meinungsverschiedenheiten bestehen, will ich sie zur Diskussion stellen und gleich meine Meinung sagen.

Im Knappschaftswesen stehen sich keine politischen Parteien, noch konfessionelle oder nationale politische Richtungen, noch verchiedene „Weltanschauungen“ gegenüber, sondern zwei fest umgrenzte Interessengruppen mit den gleichen Bestrebungen. Auf der einen Seite die Werkbesitzer, verbunden durch das gemeinschaftliche Interesse, die Beiträge möglichst niedrig zu halten, auf der anderen Seite die Arbeiter, die unterchiedslos bestrebt sind, hohe Bezüge an Pensionen, Krankengeld und zu erhalten. Die Werkbesitzer bilden von jeder eine geschlossene Interessengemeinschaft und beürfen der Verhältniswahl nicht. Für die Werkvertretung kommt dieses Wahlsystem garnicht in

ist es, dieses Werk durchzuführen und dazu brauchen wir die Hilfe von Gelben und Streikbrechern nicht.

Aber selbst wenn die Mehrheit unserer Kellerten und unseres Vorstandes das System der Verhältniswahl für das richtige hielt — was ich nicht einsehen könnte — so müßten sie immer noch verlangen, daß die Verhältniswahl für alle preussischen Knappschaftsvereine gesetzlich eingeführt würde.

Unsere Kellerten werden mit der Zeit nicht umhin können, einer ganz erheblichen Einschränkung der heutigen Massengeneralversammlung zuzustimmen, jedoch warne ich dringend, dem System der Verhältniswahl zuzustimmen. Wollen die Unternehmer im Interesse der Mitglieder und ohne Hintergedanken und Absichten handeln, wollen sie unnötig ausgeworfene Gelder sparen, dann werden sie auch dasjenige System annehmen, das wir für richtig halten, oder es mag beim alten System bleiben.

2. internationaler Kongress für Rettungswesen und Unfallverhütung.

Vom 9. bis 13. September fand in Wien der zweite internationale Kongress für Rettungswesen und Unfallverhütung statt, welcher von über 1200 Teilnehmern besucht war und unter dem Protektorat des Erzherzogs Leopold Salvator stand.

Wie in Frankfurt, so ist auch diesmal mit dem Kongress eine Ausstellung von Rettungsapparaten und Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen verbunden. Dieselbe hat in der Säulenhalle des österreichischen Parlamentsgebäudes prächtigen Raum gefunden.

Mer die Verhältnisse im Bergbau kennt und die Ausstellungshalle durchschreitet, wird mit doppeltem Interesse gegen das unerlässliche Grubenkapital, das diese Schutzvorrichtungen nicht anwendet, weil sie zu teuer sind, das Menschenmaterial aber billig zu haben ist.

Die ausgetesteten Modelle führen uns die Gewinnungsarbeiten, Bepetterung, Förderung usw. in der Grube vor Augen. Gleich zu Anfang sind vier Grubenwagen ausgestellt mit hinreichenden Vorrichtungen zur Verhütung von Unfällen.

Verbindung zweier benachbarter Grubenbetriebe, Apparate zur Bestimmung des Kohlenoxydgehalts in der Grubenluft, Ventilatoren, alle Arten der Grubenbeleuchtung, Schlagwetterunterdrückungslampen der verschiedensten Systeme, eine Lampenstuden-einrichtung, sowie Einrichtungen zur Bekämpfung des Kohlenstaubes.

Der Kongress wurde am 9. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Singsaale des österreichischen Reichsrats von Erzherzog Leopold Salvator mit einer Ansprache eröffnet, worin dieser u. a. ausführte, er gebe seiner besonderen Befriedigung darüber Ausdruck, so zahlreiche hervorragende Fachmänner aller Staaten und Länder der Welt hier vertreten zu sehen.

Der Vorsitzende des Organisationsausschusses, Dr. Moritz Wetter von der Lilie, führte in seiner Begrüßungsaussprache u. a. aus: „Das Gebot der Menschen- und Nächstenliebe kennt keine territorialen Grenzen; es ist jedem Menschen, welcher Nation er immer angehört, eingepreßt, und ich konstatiere es mit Freude, daß sich hervorragende Vertreter fast aller zivilisierten Nationen in unserer Mitte befinden.“

Es ist mit Genugtuung zu begrüßen, daß der in den Tagen vom 10. bis 14. Juni 1908 zu Frankfurt stattgefundene I. internationale Kongress für das Rettungswesen diese Kongresse zu einer ständigen Institution gemacht hat, denn nur auf diese Weise ist es möglich, über die diesfälligen Erfahrungen der Kulturenationen im Laufenden zu bleiben und jeden Stillstand auf dem Gebiete des Rettungswesens auszuschließen.

Wir haben es oft, sehr oft anders gehört und erfahren, können dann nicht so ohne weiteres an den Ernst all der schönen Worte glauben. Was nützen der Menschheit alle schönen Worte, wenn dahinter keine Taten stehen! Besonders die Arbeiter würden es begrüßen, wenn den Worten endlich auch entsprechende Taten folgten. Doch damit hat es gute Weile, wenn die Arbeiter nicht selbst Hand ans Werk legen und sich selbst ihr Schicksal schmieden.

Nachmittags konstituierte sich der Kongress, der in zehn getrennten Abteilungen verhandelt. Die einzelnen Abteilungen umfassen: 1. Erste ärztliche Hilfe bei Unglücksfällen, 2. Ausbildung von Nichtärzten in der ersten Hilfe (Samariterunterricht), 3. Rettungswesen in Städten und auf dem flachen Lande, 4. Rettungswesen im Reiseverkehr (Eisenbahnen, Automobilverkehr, Luftschiffahrt usw.), 5. Rettungswesen auf See und an Flüssen und Küstengewässern, 6. Rettungswesen in Bergwerken und verwandten Betrieben, 7. Rettungswesen bei den Feuerwehren, 8. Rettungswesen im Gebirge, 9. Rettungswesen und Sport, 10. Unfallverhütung. 209 Vorträge sind angemeldet, die alle Gebiete des Rettungswesens und der Unfallverhütung umfassen.

Gelbe über die Arbeitsgemeinschaft.

Im vorigen Jahre hat Dr. Zumbusch eine Broschüre über die Gelben veröffentlicht. Auf dem Titelblatt sieht man einen „potenten“ Herrn die Peitsche über sich demütig verneigende Lohnflüßler schwingen. Der Inhalt der Broschüre entspricht dem Titelbild. Der Verfasser schildert die gelbe „wirtschaftsfriedliche Bewegung“ als eine Sumpfschlange, die nur unter dem Geldregen der Unternehmung gedeiht und ihre Anhänger und Nachläufer zu charakterlosen Menschen erzieht, die auf ihr Persönlichkeitsrecht für ein mageres Linsengericht verzichten.

Man kann sich denken, wie höhnlich die Gelben den Aufruf des Gewerkeinsvorsitzenden Vaglsang „zur Arbeitsgemeinschaft“ aufgenommen haben. In der letzten Nummer

des gelben „Werkeins“ wird der Faden weiter gesponnen. Es versteht sich von selbst, daß das Gelbenorgan wahrheitswidrig die Sache so darstellen muß, als ob der „rote Verband“ prinzipiell „mit Hohn und Spott“ eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Gewerkeverein ablehne. In Wirklichkeit handeln wir nach dem Mahnwort: „Gebranntes Kind scheut das Feuer!“

Wissen die Gewerkeinsführer das Gefühl für die Unwürdigkeit ihres Verhaltens, dann muß ihnen beim Leben nachfolgender Sätze aus dem gelben „Werkeins“ die Schamröte ins Gesicht steigen. Das Gelbenorgan (Nr. 87) schreibt:

„Die Bergknappenleute befinden sich in großer Verlegenheit. Auf allen Seiten sind sie mit ihrem Vorhange einer Arbeitsgemeinschaft mit dem alten Bergarbeiterverband abgefallen. Ramantlich die Kotten, an deren Adresse der bekannte Aufruf des „Bergknappen“ gerichtet war, höhnen und spotten und denken gar nicht daran, dem christlichen Gewerkeverein auch nur den kleinsten Finger zu einer Verständigung zu reichen.“

Plan nicht ab. Und so bringt er denn in seiner Nr. 88 abermals nicht weniger als vier Artikel, die sich mit dieser Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterorganisationen befassen. Es macht immer einen guten Eindruck, wenn nicht nur aus den eigenen Reihen zu einer Sache gesprochen wird, sondern wenn auch irgend ein „Außenleiter“ sich in wohlwollendem Sinne äußert. Aus dieser Erkenntnis heraus läßt denn auch der „Bergknappe“ einen Herrn aufmarschieren, der „mit dem Bergbau und den Arbeiterorganisationen direkt nichts zu tun hat“.

Schließlich versichert der „Werkeins“, auch im Gewerkeverein gäbe es „viele, noch (!) national denkende Mitglieder“, die es „längst satt“ seien, „mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen“. Diese „Nationalgesinnten“ seien der Ansicht gewesen, daß „auf Grund des völligen Einklinkens des Gewerkevereins (in die „gelbe Bewegung“) beim letzten Aufrufstreik“ im Gewerkeverein „dauernd ein antisozialistischer Geist wehen würde.“

Wir diesem Schutz wird der „Werkeins“ schon ins „Schwarze“ treffen. Das Konglieren zwischen Generalstreiktrompetern und der Berherrlichung „gesunder gelber Gedanken“ muß die Nachläufer verwirren; sie wissen schließlich nicht mehr, was sie von ihren „Führern“ zu halten haben und die „Nationalgesinnten“ gehen hin zu den Gelben, wo sie doch immerhin eine konsequente Unternehmerdienstmannschaft finden.

Was meinen die Gewerkevereinsmitglieder dazu, daß sich ihre „Führer“ von den Gelben sagen lassen müssen, die Selbstachtung verbiete ihnen, mit den Herren Bogelsang, Zumbusch, Effert usw. in eine Arbeitsgemeinschaft zu treten? Es kann nicht behauptet werden, hier bestimmten „grundtägliche Meinungsverschiedenheiten“ die Ablehnung. Denn nach ist der Anbel der Gelben über die von den Gewerkevereinsführern anfänglich des Märzstreiks produzierten Reden, Zeitungsartikel und Flugblätter unvergessen; unvergessen ist das triumphierende Zeugnis: „Das sind gesunde gelbe Gedanken!“

Mein, der eigentliche Grund des Verhaltens der Gelbenführer gegen die „christliche“ Gewerkevereinsleitung ist ein abgründliches Mißtrauen! Die Gelben trauen den Gewerkevereinsführern nicht über den Weg, halten sie entgegen ihrer überlaut betonten „nationalen“ Gesinnung zu „unnationalen Taten“, kurzum „zu allem fähig“, wie es in einem gelben Flugblatt hieß.

Geachtet als tüchtige Arbeiterführer könnten die so beispiellos Mißtrauten, ungeachtet der parteipolitischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten (die überdies das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten nicht hindern) vor der Arbeiterwelt dastehen, wenn sie treu festgehalten hätten an ihrem oft gegebenen Wort, ohne Rücksicht auf „höhere Bedürfnisse“ die Rechte der Arbeiter zu verfechten im Verein mit den anderen Berufsorganisationen. Ein großer Erfolg wäre der Arbeiterchaft im vorjährigen März bechieden gewesen, wenn die Gewerkevereinsführer, gemäß ihren früheren Versprechungen, ihre Anhänger aufgefördert hätten, Schulter an Schulter mit ihren Arbeitbrüdern zu kämpfen. Aber sie haben die Arbeiterchaft geringer als die parteipolitischen Bedürfnisse der bekannten Drahtzieher geachtet, die Kampfpfand der Bergarbeiter zerrissen und damit die Kameradschaft außerordentlich geschädigt, auch der Gewerkschaftsbewegung, in erster Linie allerdings ihrer eigenen Organisation, einen schweren Stoß veretzt. Als unbedingt Vertranenswürdige könnten die Gewerkevereinsführer heute vor der Arbeiterchaft dastehen, wenn sie wollten oder dürften!

Man muß die Gewerkevereinsführer fragen, ob sie sich angeichts dieses von ihnen allein mit mutwilliger Freipolitik geschaffenen Zustandes nicht schämen, immer noch den getäufchten und geschädigten Arbeitern zu erzählen, beim Märzstreik 1912 habe die Gewerkevereinsleitung die einzig richtige gewerkschaftliche Haltung „beobachtet“. Oder wollen sie, nun sie das klägliche Resultat ihrer „überlegenden Taktik“ überblicken können, immer noch ehrliche Kämpfer für das Arbeiterrecht als „frivole Streikheher“, „Agenten des Auslandes“, „Verbrecher an der nationalen Wohlfahrt“ u. dgl. bezeichnen?

Hannover, Braunschweig, Heften-Lippe.

Kalmerwald K. O. bei Lindwedel. „Adolfslund“ heißt das Werk im Volksmunde, weil 1912 am Weihnachtsabend fünf Bergarbeiter durch eine Explosion getötet worden sind.

Kalmerwald K. O. wieder eine Explosion durch Erdbölge stattgefunden habe, wobei 20 Bergarbeiter beinahe um ihr Leben gekommen wären.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder Gewerkschaft Hermannschaft. Der Betriebsführer scheint es darauf abgesehen zu haben, seine Bergarbeiter zu zersplittern. Die Klagen über zu geringen Verdienst hören nicht auf.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sieg des Verbandes.

Am 5. und 6. September fanden auf den Bechen Ernestine und Neu-Köln im Offener Revier in je einer Abteilung Sicherheitsmännerwahlen statt, bei denen die Kandidaten unseres Verbandes glänzend siegten.

Ein König der Streikbrecher.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir folgende „Geschichte“: In Platzburg im Staate New York starb letzten Freitag (12. September) James Farrell.

Auch in Deutschland machen die Streikbrecheragenten à la Dünne gute Geschäfte, aber so einträglich scheint dieses „edle Geschäft“ in der alten Welt doch nicht zu sein.

Weil kein Faktor mitging.

Am 12. September stattgefundenen Beerdigung des allseitig geschätzten Kameraden Albert Kipper zu Bonnern wollten mehrere Kameraden von Beche Bruchstraße teilnehmen und wünschten, etwas eher ausfahren zu dürfen.

zu geben. Auch die Polizeibehörde hatte, wie hier üblich, ihre Vorlesungen getroffen, damit nichts geschehe, was der strengen Polizeibehörde von Bonnern nicht genehm ist.

Freiherz von Wangenheim

sendet uns unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Verächtlichung: „In Nr. 36 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 6. September 1913 findet sich in einer Besprechung unter dem Titel „Karlsbad, II“ folgende Notiz: „Im Pupp, wo, wie schon bemerkt, die billige Pension pro Tag 100 Kronen kostet, war Freiherr von Wangenheim, der Führer der „armen“ ostböhmer Landwirte, abgetrieben, der Mann, der früher nicht einmal Einkommensrechnungen zahlen konnte und der heute noch bei jeder Gelegenheit über die „Not der Landwirte“ klagt.“

Dieser Verächtlichung würden wir auch ohne Berufung auf das Preßgesetz Aufnahme gewährt haben, da es sich hier offenbar um eine Verächtlichung handelt. Während unseres Aufenthaltes in Karlsbad haben wir täglich die „Karlsbader Kurzeitung“ durchgesehen, um festzustellen, unter welcher Gesellschaft wir uns befanden, und waren immer neugierig, zu erfahren, welche neuen „Ladestellen“ antanen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Fäulnisprozess im „Christlichen“ Streikbruchgewerksverein.

Die einst so großartig auftretenden „Christenführer“ laufen jetzt im Wurmrevier herum wie die Hühner im Regen und lassen die Köpfe hängen wie welke Blumen. Es geht allzu schnell bergab und nach wenigen Monaten ist es hier mit ihrer ehemaligen Herrlichkeit vollständig vorbei.

Sturmsbögel der Krisis im Wurmgebiet.

Die Krise macht sich auch schon auf einseitig Rechen im hiesigen Revier bemerkbar. Nicht etwa daß es an Kohlenmangel mangelt, im Gegenteil, geschuftet wird wie nie zuvor. An Heberschichten und Nebenarbeit, ja selbst an Sonntagsarbeit fehlt es nicht.

Wo bleibt die „energische“ Lohnbewegung der „Christlichen“ Witt- und Wunischgesellschaft?

Das vor einem Jahrzehnt noch kleine und unbedeutende Wurmrevier hat in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen, so daß es bald unter die „großen Reviere“ einrangieren wird.

Table with 5 columns: Jochen, Arbeiter, Unter Tage, Ueber Tage, Nebenbetriebe, Durchschnitt. Lists names like Schwelger, Bergw., Karl, Friedrich, Nordstern with their respective statistics.

Die Jahresdurchschnittslöhne haben betragen: 1907 1383 Mk., 1908 1360 Mk., 1909 1347 Mk., 1910 1351 Mk., 1911 1358 Mk., 1912 1442 Mk.

Vom Jahre 1907 an bis 1909 sind die Löhne zurückgegangen. Erst im letzten Jahre haben sie die Höhe von 1907 um 50 Mk. übertraffen. Von 1907 bis 1912 wurden im Nachener Revier 4 1/2 Millionen Mark an Arbeitslohn weniger ausbezahlt!

erhöhung, sondern eine Lohnreduzierung eingetreten ist, indem die Arbeiter den größeren Mehrwert, den sie schaffen, nicht erhalten. Bei der Lohnbewegung 1912 ließ die „Christliche“ Witt- und Wunischgesellschaft in Resolutionen beschließen, wenn die Löhne nicht den Verhältnissen entsprechend steigen würden, dann würde die Witt- und Wunischgesellschaft den Kampf allein — ohne den Bergarbeiterverband — bis aufs äußerste durchsetzen und selbst vor einem Streik nicht zurückweichen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bergarbeiterleben in einer „Christlichen“ Hochburg.

Zur Bekämpfung und Verleumdung des Bergarbeiterverbandes ziehen die W. Gladbacher „Musterdrüsen“ immerfort die Verhältnisse im Waldenburger Revier heran und schreiben dann von einer sozialdemokratischen Hochburg, obgleich sie sehr genau wissen, daß von den Waldenburger Bergarbeitern kaum der vierte Teil organisiert ist.

Der Kaiser-Friedrich-Schacht, oder die Grube Steimel, wie die ältere gebrauchliche Bezeichnung lautet, ist einer von den zwei Revieren des weiteren freien Grundes, bei der Arbeiterchaft sich nicht allzu großer Beliebtheit erfreut. Annerkennung (brutto) von 2,60 Mk., 2,09 Mk., 2,33 Mk., 4,12 Mk. und 4,47 Mk. sind auf Steimel üblich.

Saargebiet und Reichslande.

„Christliche“ Agitationsmethoden.

Hundsmiserebel muß es sehen um die Ende des Gewerksvereins „Christlicher“ Bergarbeiter im allgemeinen, im besonderen aber an der Saar. Von dieser einstigen Hochburg finden sich nur noch ganz kümmerliche Trümmerreste vor, die bereits Zeugnis davon ablegen, daß man nicht gleichzeitig zwei Herren dienen, sich nicht ungetraut an arbeitenden Volks verbündigen kann.

Freundliche Einladung!

Am Sonntag, den 31. August, abends um 8 Uhr, findet im Steinbad beim Wirt Ulrich (Stern) eine Allgemeine Bergarbeiterversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter statt.

Auf das beiliegende Schriftchen werden besonders die Frauen aufmerksam gemacht. Auf das beiliegende Schriftchen wird besonders die Frauen aufmerksam gemacht. Auf das beiliegende Schriftchen wird besonders die Frauen aufmerksam gemacht.

zu denken geben. Es ist dies die markanteste gewerkschaftliche Brunneng... vergiltung, die je zur Anwendung gekommen, bedeutet nichts mehr...

Aus dem Lager der päpstlich nicht mehr Gebuldeten.

„Nieder mit dem Interkonfessionalismus und der Parität!“ Die neueste Kundgebung Roms gegen die „christlichen“ Gewerkschaften.

Am neuesten Fest der leitenden Zeitschrift „La Civiltà Cattolica“ in Rom (Nr. 1818 vom 20. September, Jahrgang 84 für das Jahr 1913 Nr. 8) findet sich eine Nichtigstellung der... Interkonfessionalismus und der Parität!

In der Kette Roms.

Weil wir die uns absolut glaubwürdigen Mitteilungen der „Weltburg“ und des „Janus“ abgedruckt haben, wonach die „katholischen“ Führer der „christlichen“ Streikbrudergewerkschaften sich der päpstlichen... Interkonfessionalismus und der Parität!

„Es wäre ja geradezu eine Beleidigung für diese sich treuen Männer (die Bischöfe), wenn man annehmen wollte, daß sie ruhig... Interkonfessionalismus und der Parität!

Was will es dann demgegenüber besagen, wenn gelegentlich nach außen diese oder jene Neuerung fällt, oder hin und wieder eine... Interkonfessionalismus und der Parität!

Der katholische Geistliche Dr. Kaufmann zweifelt keinen Augenblick daran, ist sogar fest überzeugt, daß die „christlichen“ Gewerkschafts... Interkonfessionalismus und der Parität!

Die „böbliche Selbstaufopferung der Christenführer“ zu Ehren Roms.

Den glorieichen Sieg der „Berliner“ und die stillschweigende Unterwerfung der interkonfessionellen Gewerkschaften unter den Willen Roms... Interkonfessionalismus und der Parität!

Unter den bisherigen „Kochern“ versteht das Sprachrohr der römischen Kurie die Schriftgelehrten des Weltkates J. B. Bachem, die... Interkonfessionalismus und der Parität!

Die „Christen“ und der Papst.

Ein bemerkenswertes Urteil über den Meher Katholikentag findet sich in der reformkatholischen Wochenschrift „Das Neue Jahrhundert“... Interkonfessionalismus und der Parität!

„Die Katholikentage haben sich überlebt; man lasse die Toten ihre Toten begraben...“ Was die Gewerkschaftsfrage und ihr Schicksal... Interkonfessionalismus und der Parität!

Verlohlte Christentöple.

In einer der letzten Nummern der mit päpstlicher Approbation in Triest... Interkonfessionalismus und der Parität!

Briefkasten.

H. R., Redinghofen. Katholische Geistliche dürfen nicht heiraten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zugung fernhalten! In Nr. 222 vom 21. September d. J. bringt die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ eine Notiz, in der es heißt, daß die Arbeiter der... Lohnbewegungen und Streiks.

Verbandsnachrichten.

Gesucht. Wer den Aufenthalt des Bergarbeiters Julius Galbic kennt, wird gebeten dies dem Vorstand mitzuteilen. Unsere Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher immer bereit zu... Lohnbewegungen und Streiks.

Localbeitrag.

In sämtlichen Zahlstellen der Bezirke Offen-Ost und Offen-West wird vom 1. Oktober ab ein Localbeitrag von 5 Pf. pro Woche und... Lohnbewegungen und Streiks.

Rechtsschutz betreffend.

Arbeitersekretariat Geiselfirchen. Die Sprechstunden in Wattenfeld und Wanne fallen in der Zeit vom 21. September bis... Lohnbewegungen und Streiks.

Adressenveränderungen.

Bezirk Obersachsen. Das Bezirksbureau befindet sich vom 1. Oktober ab... Lohnbewegungen und Streiks.

Bibliotheken.

Steele. Zweck Neuregelung bleibt die Bibliothek in der Zeit vom 22. September bis... Lohnbewegungen und Streiks.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den... Lohnbewegungen und Streiks.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Bommern... Lohnbewegungen und Streiks.

Kranzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. geklebt: Carnap... Lohnbewegungen und Streiks.

Bergarbeiter-Versammlungen

Donnerstag, den 28. September 1913: Sünens-Bad. Sonntags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kaufmann (früher... Bergarbeiter-Versammlungen.

Die Komödie im Saargebiet

Vom Johann Leisler. Für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes 30 Pf., im Buch 40 Pf.

Reichsversicherungsordnung

zweite verbesserte Auflage. Herausgegeben vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes 10 Pf., im Buch 20 Pf.

Zahlstellen-Feste

Sudersdorf, Heiningen u. Redinghofen. Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hubmann, am Kanal. Zahlstellenfest, Festrede und Schlußfeier.

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Hue. Preis im Buchhandel: Erster Band, 456 Seiten stark, geb. 6,00 Mark. Zweiter Band, 700 Seiten stark, geb. 9,00 Mark. Vereinsausgabe: Für Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beide Bände in Leinen geb. 8,00 Mark. H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 42.

Die Streikjustiz vor Gericht

Stratographischer Bericht vom Prozeß Dr. Lebi, Reumann und Schorrad für März, 15 Pf., im Buch 30 Pf. Zu beziehen durch die Firma H. Hansmann & Co., Bochum.

Die Streikjustiz im Ruhrrevier

oder: Madam Justitia mit „verbundenen“ Augen. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für März, 30 Pf., im Buch 50 Pf. Zu beziehen durch die Firma H. Hansmann & Co., Bochum.

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 28. September 1913: Besche Westende. Sonntags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Paul in Dülzburg-Laar, Kaiserstraße. — 1. Mißstände auf der Besche Westende 2. Verschleßenes. Referent zur Stelle.

Auf Kameraden nach Hamm!

Sonntag, den 28. September 1913, in den Lokalen der Herren S. Braun, Friedrichstraße 81, und F. Zimmermann, Kaiserstraße 20.

4. Gewerkschaftsfest für Hamm und Umgegend.

Nachmittags 2 1/2 Uhr: Auftreten zum Festzug auf dem Viktoriaplatz, Westendebühnen; um 3 Uhr: Abmarsch nach den Festlokalen. Darlebst: Festrede, Vocal- u. Instrumentalkonzert, Aufführungen der Turner und Radfahrer, sowie großer Ball und beschlossene andere Lustbarkeiten. Eintrittspreis 50 Pf., an der Kasse 1,10 Mark, einschließlich Billetksteuer. Damen frei. — Die Karte gilt für beide Lokale. 88a

Schlesier! Verbandskameraden!

Wer über die Vorkommnisse seiner früheren Heimat, dem Bergrevier Niederschlesien, unterrichtet sein will, der abonniere auch fernorts die „Schlesische Bergwacht“ Sozialdem. Organ für den niedersch. Industriebezirk. An besten zu bestellen beim nächst gelegenen Postamt. Preis 1/2 Mark pro Vierteljahre, 2,00 Mark pro Jahr. Postamt abgeholt. Kameraden, unterstützt auch in der fernere euer selbstgegründetes Kampforgan.